



EU-WAHL 2024

WWF-FRAGEBOGEN AN DIE PARTEIEN FÜR DIE EUROPAWAHLEN 2024

DEZEMBER 2023

15 Fragen zu den Europawahlen 2024

Angesichts multipler Krisen sind die anstehenden Europawahlen besonders wichtig. Daher hat der WWF den folgenden Fragebogen entwickelt, um die unterschiedlichen Positionen der Parteien zur Umweltpolitik zu erheben und besser einordnen zu können. Der WWF vertritt in Europa rund 3,9 Millionen Unterstützerinnen und Unterstützer, die wir über die unterschiedlichen politischen Lösungen zur Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrise informieren möchten.

Unsere Erhebung umfasst 15 Fragen, die zahlreiche Politikfelder und Prioritäten abdecken, darunter Klima, Energie, Biodiversität, Landwirtschaft, Lebensmittel und nachhaltige Finanzen. Ihre aktive Teilnahme ist für uns besonders wichtig, um die Menschen zu informieren. Zugleich bieten wir den Parteien damit eine Plattform, um ihre konkreten Positionen zu erläutern.

In diesem Sinne bedanken wir uns für Ihre Aufmerksamkeit und Mühe und freuen uns auf Ihren Beitrag bis zum 31. Jänner 2024. Die Antworten werden wir auf nationaler und europäischer Ebene in einer Tabelle zusammenfassen und im März 2024 veröffentlichen.

Bitte die folgenden Felder ausfüllen:

Partei-Name: _____ NEOS _____

Vor- und Zuname: _____ Lukas Schretzmayer-Sustala _____

E-Mail-Adresse: _____ lukas.sustala@neos.eu _____

Telefonnummer (optional): _____

Wir stimmen der Verwendung unseres Parteilogos für die öffentliche Vergleichstabelle zum Fragebogen-Ergebnis zu.

1. European Green Deal sichern und stärken

Der 2019 gestartete [European Green Deal](#) hat eine umfangreiche Agenda, um der Klimakrise und der Umweltverschmutzung entgegenzuwirken und die EU-Wirtschaft ressourceneffizienter und wettbewerbsfähiger zu machen. Er enthält Politiken für Klima, Energie, Biodiversität, Landwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Verkehr und Finanzen. Mehrere der Versprechen, darunter zum Beispiel auch der Wandel zu nachhaltigen Ernährungssystemen, müssen aber erst noch umgesetzt werden oder entsprechen nicht mehr der ursprünglichen Ambition, wie es zum Beispiel bei den vereinbarten Emissionsreduktionen bis 2030 der Fall ist. Wenn Ihre Partei gewählt wird, kann sie der Europäischen Union beim Übergang zu einem grüneren und gerechteren Modell helfen, indem sie dafür sorgt, dass der Green Deal vollständig umgesetzt wird.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den Europäischen Green Deal in den nächsten fünf Jahren aufrechtzuerhalten, indem sie seiner Umsetzung höchste Priorität einräumt und zusätzliche und stärkere EU-Klima- und Umweltvorschriften unterstützt, um die mit dem Green Deal eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir werden den European Green Deal als eine der wichtigsten politischen Prioritäten aufrechterhalten, auch durch die Unterstützung zusätzlicher und stärkerer EU-Klima- und Umweltvorschriften.
- Ja, wir werden den European Green Deal als eine der wichtigsten politischen Prioritäten aufrechterhalten, aber nur die Umsetzung der bestehenden EU-Klima- und Umweltvorschriften unterstützen.
- Nein, wir werden den European Green Deal nicht als eine der wichtigsten politischen Prioritäten beibehalten.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Natürlich wird der Green Deal zurecht sehr präsent bleiben. Als NEOS sehen wir insbesondere die Energiepolitik zusammen mit nötigen Reformen in der EU und einer Stärkung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als wichtig. Der Green Deal ist ein entscheidendes Projekt unserer Generation. Nur wenn die Klimaziele erreicht werden, können die Effekte des Klimawandels einigermaßen eingebremst werden. Dessen sind wir uns bewusst. Die Festschreibung von ambitionierten Zielen ist ein wichtiger Schritt, die Taten, um diese zu erreichen, sind aber entscheidend. Viele der in den letzten Jahren beschlossenen Gesetzespakete zielen auf die Erreichung von Zielen bis 2030 ab. Nachdem der Horizont des Green Deal über das Jahr 2030 hinausgeht, wird der Beschluss weiterer Bestimmungen, die die Umsetzung des Green Deal ermöglichen, auch in der kommenden Legislaturperiode notwendig sein.

2. Erreichen der Klimaneutralität

Mit dem Green Deal hat die EU die Klimaneutralität 2050 im Europäischen Klimagesetz verankert. Das erste rechtliche Zwischenziel besteht darin, die "Netto-Emissionen" der EU (Emissionen nach Abzug des Kohlenstoffabbaus durch Wälder und andere Landschaften) bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Für das Zwischenziel für 2040 gibt es jedoch noch keine rechtliche Vorgabe. Laut dem jüngsten [Gutachten](#) des Wissenschaftlichen Beirats für Klimawandel hat die EU nach ethischen Grundsätzen ihren fairen Anteil am globalen Emissionsbudget bereits ausgeschöpft. Der WWF fordert daher, dass die Europäische Union die Klimaneutralität - also eine 100-prozentige Reduzierung der Netto-Treibhausgas-Emissionen - bereits bis zum Jahr 2040 statt erst bis 2050 anstreben sollte.

Welches Niveau der Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2040 will Ihre Partei im EU-Recht verankern?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Zumindest 100 Prozent (d.h. Erreichen der Klimaneutralität bis 2040)
- Zumindest 90 Prozent
- Weniger als 90 Prozent oder gar kein rechtsverbindliches 2040-Ziel

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

NEOS bekennen sich klar zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Für uns steht es außer Frage, dass wir bis 2040 ein klimaneutrales Österreich und spätestens 2050 ein klimaneutrales Europa brauchen. Wir werden uns den Vorschlag der EU-Kommission für ein verbindliches Ziel bis 2040 ansehen.

3. Nutzung fossiler Energien beenden

Die aktuelle geopolitische Krise und die daraus resultierende Energiekrise verdeutlichen die enormen Kosten unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Fossile Energie wird für sozial benachteiligte Haushalte immer teurer und schadet zugleich Umwelt und Klima. Die Europäische Union muss daher rasch aus der Nutzung fossiler Brennstoffe aussteigen, um eine klimaneutrale Wirtschaft zu erreichen und die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu vermeiden. Derzeit gibt es aber noch kein rechtlich verbindliches Konzept dafür. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die EU rechtsverbindliche Ziele für den vollständigen Ausstieg festlegt - bei der Kohle bis 2030, für Erdgas bis 2035 und für Erdöl bis 2040.

Setzt sich Ihre Partei für die Festlegung kurzfristiger und rechtlich verbindlicher Zieltermine für den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl ein - und das in dieser Reihenfolge?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir verpflichten uns, rechtsverbindliche Zieltermine für den vollständigen Ausstieg aus der Kohle bis 2030, aus Erdgas bis 2035 und aus Erdöl bis 2040 festzulegen.
- Ja, wir verpflichten uns, rechtsverbindliche Zieltermine für den vollständigen Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl festzulegen, halten aber die Zieltermine 2030, 2035 und 2040 für zu streng.
- Nein, wir verpflichten uns nicht, rechtsverbindliche Termine für den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl festzulegen.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Wir setzen in der Klimapolitik neben ordnungspolitischen Maßnahmen stark auf die Wirkung der Bepreisung von CO₂. Flankierend kann der Ausstieg aus gewissen Technologien sinnvoll sein, wenn etwa sehr langfristige Investitionen getätigt werden müssen und die Preissignale noch nicht wirken (zB bei der Gebäude-Richtlinie). Für uns steht aber fest, dass die umfassende Reform des Europäischen Emissionshandels in Zukunft Anreize setzt, sukzessive den Einsatz von Kohle, Erdgas und Erdöl mit Erneuerbaren Energieträgern zu substituieren. Dieser Effekt tritt bei ambitionierten Preispfaden auch ohne einen rechtsverbindlichen Termin für den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl ein.

4. Übergang zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen

Unser derzeitiges Lebensmittelsystem trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt, zur Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und zur Klimakrise bei. Deshalb muss die Politik rechtsverbindliche Grundsätze und Ziele festlegen - und zwar für alle Akteure von der Lebensmittelverarbeitung über den Handel bis hin zum Verbrauch. Die EU hat einen Schritt in diese Richtung gemacht, indem sie im Rahmen der "Farm to Fork"-Strategie* die Idee einer übergreifenden Verordnung für nachhaltige Lebensmittelsysteme vorgestellt hat. Diese muss sie jedoch erst noch als Gesetzesvorschlag vorlegen, über den das Parlament und die Mitgliedstaaten verhandeln können. Der WWF appelliert daher an die Kommission und die politischen Parteien, die rasche Veröffentlichung des Vorschlags zu unterstützen - mit Standards für europäische Produkte, die auch für importierte Produkte gelten. Wenn Sie gewählt werden, hat Ihre Partei die Möglichkeit, die Veröffentlichung des neuen Gesetzes zu unterstützen und aktiv dazu beizutragen, ein nachhaltiges, faires und gesundes Modell in Europa zu fördern.

*Die "Farm to Fork"-Strategie ist das Herzstück des "Green Deal", der darauf abzielt, Lebensmittelsysteme fair, gesund und umweltfreundlich zu gestalten.

Unterstützt Ihre Partei den Beschluss neuer Rechtsvorschriften, die umfassende und wissenschaftlich fundierte quantitative Ziele festlegen, um die Nachhaltigkeit in der gesamten Lebensmittelversorgungskette zu verbessern?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen den Beschluss von Rechtsvorschriften für nachhaltige Lebensmittelsysteme, in denen übergreifende Grundsätze und quantitativ verbindliche Ziele festgelegt werden, um Lebensmittelhersteller, -händler und -verbraucher stärker in den grünen Wandel einzubeziehen.
- Ja, wir unterstützen den Beschluss von Rechtsvorschriften für nachhaltige Lebensmittelsysteme, aber sie sollten sich auf allgemeine Grundsätze und Ziele beschränken - ohne quantitative verbindliche Ziele.
- Nein, wir unterstützen den Beschluss neuer Rechtsvorschriften für nachhaltige Lebensmittelsysteme nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):
Die F-2-F Strategie ist ein wesentlicher Bestandteil für eine nachhaltige Umstrukturierung unserer Lebensmittelherstellung. Dennoch muss darauf geachtet werden, Maßnahmen ausgeglichen zu gestalten. Landwirten, Verarbeitungsunternehmen aber auch Konsumenten dürfen keine unzumutbaren Belastungen aufgebürdet werden. Hier gilt es, mit Augenmaß und Sachverstand vorzugehen, um gemeinsam mit allen Beteiligten eine sozio-ökonomisch verträgliche Transformation anzustoßen. Dies sollte eher über innovative Anreize als über quantitativen Zwang erfolgen.

5. Gemeinsame Agrarpolitik reformieren

Es gibt eine vielschichtige Wechselwirkung zwischen der Landwirtschaft, der Erderhitzung und dem Verlust der biologischen Vielfalt. Einerseits trägt die Landwirtschaft erheblich zu Treibhausgasemissionen und dem Verlust der Natur bei, andererseits sind Bäuerinnen und Bauern zunehmend von den Folgen der Klima- und Biodiversitätskrise betroffen. 2025 wird die Europäische Kommission einen Gesetzesvorschlag zur neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2027 vorlegen. Das wird die erste Gelegenheit sein, um die GAP mit der "Farm to Fork"-Strategie in Einklang zu bringen und die Direktzahlungen neu auszurichten, um die Landwirtschaft beim Übergang zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem finanziell zu unterstützen. Wenn Ihre Partei gewählt wird, kann sie die Landwirtschaft stärken und ihr helfen, ihre Resilienz zu verbessern und zugleich die Umweltauswirkungen der Produktion in der EU zu verringern.

Unterstützt Ihre Partei die Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Einklang mit der "Farm-to-Fork"-Strategie und dem Green Deal sowie die Neuausrichtung der Unterstützung für Landwirt:innen bei der Umstellung auf agrarökologische Verfahren?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir verpflichten uns, die GAP im Einklang mit der EU-"Farm-to-Fork"-Strategie und dem Green Deal zu überarbeiten, und wir unterstützen die schrittweise Abschaffung der Direktzahlungen und die Umwidmung öffentlicher EU-Mittel zur Unterstützung der Landwirte beim Übergang zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem.
- Ja, wir setzen uns für eine Überarbeitung der GAP im Einklang mit der EU-"Farm-to-Fork-Strategie" und dem Green Deal ein, unterstützen aber nicht die schrittweise Abschaffung der Direktzahlungen.
- Nein, wir lehnen eine Überarbeitung der GAP im Einklang mit der EU-"Farm-to-Fork"-Strategie und dem Green Deal ab.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Ergänzung: Die GAP sollte jedenfalls umstrukturiert und reformiert werden. Subventionen sollten nicht dazu beitragen, alte und überkommene Strukturen künstlich am Leben zu erhalten. Das Ziel sollte vielmehr darin bestehen, Förderzahlungen in eine Richtung zu lenken, die Landwirte dabei unterstützt, eine innovative und unternehmerische Landwirtschaft zu forcieren, von der sie schließlich auch ein langfristiges und gerechtes Einkommen erwirtschaften können. Dennoch sind wir nicht für die vollkommene Abschaffung von Direktzahlungen, weil diese auch dazu dienen, Leistungen der Landwirtschaft abzugelten, die zwar einen öffentlichen Mehrwert schaffen, aber am Markt nur unzureichend eingepreist werden können.

6. Beschluss eines Klimaresilienz-Gesetzes

Unsere Natur ist von entscheidender Bedeutung, um die Klimakrise zu bewältigen. Intakte Ökosysteme wie Flussauen, frei fließende Flüsse, widerstandsfähige Wälder und Agrarlandschaften schützen vor den Folgen von Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden. Hingegen erhöht die Vernachlässigung der Natur die Anfälligkeit und finanzielle Belastung durch extreme Wetterereignisse, wobei die EU bereits mit [jährlichen Schäden von über 12 Milliarden Euro](#) konfrontiert ist. Allein schon aus Sicherheitsgründen braucht die EU daher einen neuen Rahmen für die Klimaresilienz, der sowohl legislative als auch nichtlegislative Maßnahmen umfasst und die Auswirkungen der Klimakrise in alle Politikbereiche einbezieht. Dieser Rahmen sollte kluge Investitionen in unterschiedlichen Sektoren (Energie, Verkehr, Landwirtschaft oder Wälder) fördern und den Schwerpunkt auf naturbasierte Lösungen legen. Denn rein technische, gebaute Infrastrukturen erhöhen in vielen Fällen die Anfälligkeit für die Folgen der Klimakrise. Ein Rahmen für die Klimaresilienz würde Städte und ländliche Gebiete bei der Bewältigung der Klimakrise unterstützen und zum Schutz der EU-Bevölkerung und der Unternehmen beitragen. Beispiele dafür sind die Wiederherstellung von Feuchtgebieten, damit diese Wasser aufnehmen, filtern und im Boden speichern können, anstatt neue Dämme zu bauen, Deiche zu erhöhen oder groß angelegte Wassertransfers zur Wasserbewirtschaftung durchzuführen. Es bedeutet auch, dass nur so viel Wasser entnommen wird, wie wir für die agrarökologische Landwirtschaft und für Kulturen benötigen, die an das sich verändernde Klima angepasst sind, und um die Trinkwasserversorgung in den wasserärmsten Gebieten zu sichern.

Unterstützt Ihre Partei den Beschluss eines neuen Rahmens, der aus legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen zur Förderung der Klimaresilienz besteht, um die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme zu stärken und unsere Gesellschaft vor klimabedingten Gefahren zu schützen?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen den Beschluss neuer legislativer und nicht-legislativer Maßnahmen zur Klimaresilienz, die dem Einsatz und der Ausweitung von naturbasierten Lösungen Vorrang einräumen.
- Ja, wir unterstützen die Verabschiedung neuer nicht-legislativer Maßnahmen zur Klimaresilienz, die dem Einsatz und der Ausweitung naturbasierter Lösungen Vorrang einräumen, aber wir unterstützen keine neuen legislativen Maßnahmen.
- Nein, wir sind der Meinung, dass die EU bereits über ausreichende legislative und nichtlegislative Maßnahmen verfügt, um die Klimaanpassung und/oder naturbasierte Lösungen zu unterstützen.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

7. Investitionen in Natur und Bevölkerung erhöhen

Um die Klimakrise abzumildern und Gesellschaft und Wirtschaft an ihre Folgen anzupassen, müssen wir unsere Ökosysteme umfassend schützen und wiederherstellen. Das erfordert eine Umlenkung umweltschädlicher Subventionen zugunsten von Investitionen in die Natur - begleitet von finanzieller Unterstützung für Land- und Forstwirtschaft, Grundbesitzer, Fischerei, Küstengemeinden und lokale Gruppen, die sich für die Wiederherstellung der Natur einsetzen. Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen [Studie](#) schätzt, dass von 2021 bis 2030 jährlich mindestens 48 Milliarden Euro benötigt werden, um die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 zu erreichen. Laut Schätzungen haben die EU und ihre Mitgliedstaaten im Jahr 2021 aber lediglich 27 Milliarden Euro investiert. Daher ist das Schließen dieser Finanzierungslücke unerlässlich, um die Biodiversitätskrise zu bewältigen. Zugleich ist es eine Chance, um diejenigen zu stärken, die an vorderster Front für die Wiederherstellung der Natur arbeiten, um unsere Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimakatastrophen zu verbessern und eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion zu fördern. Darüber hinaus zahlt sich eine Offensive auch ökonomisch mehrfach aus: [eine Investition von einem Euro in die Wiederherstellung der Natur bringt acht Euro](#) an wirtschaftlichem Nutzen zurück.

Unterstützt Ihre Partei die Erhöhung der europäischen und nationalen Investitionen in die Natur auf mindestens 50 Milliarden Euro jährlich?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Aufstockung der EU- und nationalen Investitionen in die Natur auf mindestens 50 Milliarden Euro jährlich.
- Ja, wir unterstützen eine Erhöhung der EU- und nationalen Investitionen in die Natur im Vergleich zu heute, legen uns aber nicht auf eine bestimmte Zahl fest.
- Nein, wir unterstützen die Erhöhung der EU- und nationalen Investitionen in die Natur im Vergleich zu heute nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):
Wir sind für eine Aufstockung budgetärer Mittel, wenn konkrete Ziele ansonsten verfehlt werden. Wir sind generell dafür, dass die Mittel des EU-Budgets sowie des österreichischen Haushalts stärker zukunftsorientiert und treffsicher eingesetzt werden müssen. Dafür braucht es laufende Evaluierung statt einmalig festgelegter Budgets.

8. Umsetzung des Weltnaturabkommens

Weltweit sind rund 75 Prozent der Landfläche und 66 Prozent der Meeresfläche durch menschliche Aktivitäten beeinträchtigt. Das schadet nicht nur den Arten, die in diesen Ökosystemen leben, sondern auch dem Wohlergehen künftiger Generationen. Es verringert nämlich die Fähigkeit dieser Gebiete, als Kohlenstoffsinken zu fungieren und gegen die Folgen der Klimakrise zu schützen. Die EU hat sich in ihrer Biodiversitätsstrategie 2030 verpflichtet, ein kohärentes und effizient verwaltetes Schutzgebietsnetz zu schaffen. Dieses Netz soll jeweils mindestens 30 Prozent der Land- und der Meeresfläche der EU abdecken und bis 2030 mindestens ein Drittel der streng geschützten Gebiete umfassen. Auf globaler Ebene setzt der Globale Biodiversitätsrahmen der Vereinten Nationen bis 2030 das Ziel, 30 Prozent der Land- und Binnengewässer sowie der Küsten- und Meeresgebiete wirksam zu schützen. Um diese Ziele zu erreichen, stützt sich die EU auf einen freiwilligen Mechanismus, der bisher nicht sehr effektiv ist. Nur wenige EU-Mitgliedstaaten haben nationale Zusagen eingereicht, obwohl die Frist dafür Ende 2022 abgelaufen ist. Wenn Ihre Partei gewählt wird, hat sie die Möglichkeit, die EU-Biodiversitätsstrategie zu überarbeiten und diese freiwilligen Zusagen in rechtlich verbindliche Ziele umzuwandeln, um zum Schutz dieser wertvollen Ökosysteme und Arten beizutragen.

Setzt sich Ihre Partei für den Schutz von Schutzgebieten und die Erreichung der Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie und des Globalen Rahmens für die biologische Vielfalt ein, indem sie freiwillige Zusagen in rechtsverbindliche Ziele für alle EU-Mitgliedstaaten umwandelt?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Festlegung rechtsverbindlicher Ziele für die EU-Mitgliedstaaten zur Erreichung der 2030-Ziele für Schutzgebiete.
- Nein, wir glauben, dass freiwillige Zusagen der EU-Mitgliedstaaten ausreichen, um die 2030-Ziele für Schutzgebiete zu erreichen

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

9. Umlenken von umweltschädlichen Subventionen

Umwelt- und klimaschädliche Subventionen erhöhen die Treibhausgas-Emissionen, verstärken den Raubbau an der Natur und den Verlust der biologischen Vielfalt. Sie verursachen enorme verdeckte Kosten und sind zugleich eine verpasste Chance für die Finanzierung des European Green Deal. Bisher sind die EU und ihre Mitgliedstaaten nur unverbindliche Zusagen eingegangen, öffentliche Subventionen für fossile Brennstoffe und andere naturschädigende Aktivitäten auslaufen zu lassen. Es gibt derzeit keinen Rechtsrahmen dafür, weshalb es auch nur minimale Fortschritte gegeben hat. Die Umlenkung aller schädlichen Subventionen hin zu einer grünen Transformation - mit einem Schwerpunkt auf die Unterstützung sozial benachteiligter Haushalte und wichtiger Wirtschaftssektoren in diesem Wandel - wäre ein wichtiger Schritt zur Finanzierung dieser Anstrengungen.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die Subventionen für fossile Brennstoffe und andere umweltschädliche Subventionen (EU-weit & national) zugunsten eines grünen Übergangs umzulenken, wobei der Schwerpunkt auf der Unterstützung sozial benachteiligter Menschen und wichtiger Wirtschaftssektoren liegt?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Ja, wir unterstützen den Beschluss und die Umsetzung rechtlicher Maßnahmen zur schrittweisen Abschaffung der Subventionen für fossile Energie und anderer umweltschädlicher Subventionen (EU-weit und national) und sind der Meinung, dass diese Subventionen vorrangig auf den grünen Übergang ausgerichtet werden sollten. Der Schwerpunkt sollte auf der Unterstützung betroffener Menschen und sonstiger wichtiger Interessengruppen liegen.

Ja, wir unterstützen das Ziel, die Subventionen für fossile Brennstoffe und weitere umweltschädliche Subventionen schrittweise abzubauen, und sind der Ansicht, dass diese Subventionen vorrangig auf die Umsetzung des grünen Übergangs ausgerichtet werden sollten. Der Schwerpunkt sollte auf der Unterstützung von sozial benachteiligten Menschen und wichtigen Akteuren des grünen Übergangs liegen. Wir glauben jedoch nicht, dass zusätzliche rechtliche Maßnahmen erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Nein, wir unterstützen das Ziel, die Subventionen für fossile Brennstoffe sowie weitere umweltschädliche Subventionen schrittweise abzubauen, nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Wir fordern die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen auf nationaler Ebene bereits seit Langem, auch in unseren Programmen. Die EU ist hier gefordert Druck zu machen, dass alle Mitgliedstaaten klimaschädliche Subventionen unterbinden. Eine automatische Ausrichtung der dadurch freien Mittel für den grünen Übergang lehnen wir aber ab. Durch die Abschaffung der Subventionen und einem gleichzeitig ambitionierten CO₂-Preis wird eine Lenkungswirkung erzeugt, mit der Emissionen dort eingespart werden, wo es am günstigsten ist.

10. Finanzierung des Übergangs zu einer klima- und naturverträglichen Wirtschaft

Ein nachhaltiges Finanzwesen, das Kapital in ökologisch nachhaltige Aktivitäten lenkt, ist ein wirksames Instrument zur Finanzierung des Übergangs zu einer klima- und naturverträglichen Wirtschaft. Ein notwendiger Schritt besteht darin, zu definieren, welche Aktivitäten wirklich nachhaltig sind. Die EU hat hier mit der Einführung der EU-Taxonomie einen wichtigen Schritt getan. Dieses Klassifizierungssystem ist jedoch unvollständig, da es nicht klar zwischen nicht nachhaltigen Aktivitäten unterscheidet, die sofort eingestellt werden sollten, und solchen, die nach einer Übergangsphase und gezielten Investitionen, letztendlich die nachhaltige Kategorie erreichen können. Daher muss die EU den Rechtsrahmen dringend verbessern. Die effektivste Lösung wäre die Erweiterung des EU-Taxonomie-Rahmens von der derzeit einzigen Kategorie ("nachhaltig") auf ein Ampelsystem mit drei Kategorien. Das neue System würde zwischen "nachhaltigen", "intermediären" (im Übergang befindlichen) und "nicht nachhaltigen" Wirtschaftstätigkeiten unterscheiden.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die aktuelle EU-Taxonomie um zwei Kategorien zu erweitern, die dazu beitragen, zwischen "intermediären" und "nicht nachhaltigen" Wirtschaftstätigkeiten zu unterscheiden - zusätzlich zu den bereits definierten "nachhaltigen" Tätigkeiten?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Annahme einer erweiterten Taxonomie mit insgesamt drei Kategorien, die klarstellt, was "nachhaltige", "intermediäre" und "nicht-nachhaltige" Wirtschaftstätigkeiten sind.
- Ja, wir unterstützen die Annahme einer erweiterten Taxonomie mit zwei Kategorien, die klarstellt, was "nachhaltige" und "intermediäre" Wirtschaftstätigkeiten sind.
- Nein, wir unterstützen die Annahme einer erweiterten Taxonomie nicht und glauben, dass der derzeitige Ansatz ausreichend ist.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Dadurch, dass die Sustainable Finance Verordnung (Taxonomie) und am Ende die daraus resultierende Liste der nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten extrem politisiert war (wie man am Beispiel Atomkraft und Gas sehen konnte) ist der eigentliche Gedanke, nämlich wissenschaftliche fundierte Aussagen über nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten zu treffen, abhandengekommen. Damit ist die "Taxonomie" per se unbrauchbar geworden. Eine Erweiterung der Einordnungsstruktur ändert an diesem grundlegenden Problem nichts.

11. Erreichen des Ziels von 100 Prozent Erneuerbare Energien

Die Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien ist von entscheidender Bedeutung, um die Klimakrise einzudämmen und eine stabilere Energieversorgung sowie leistbare Preise zu gewährleisten. Im Jahr 2023 hat die EU eine überarbeitete Richtlinie für Erneuerbare Energien (RED) beschlossen, die deren Anteil am EU-Gesamtenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 Prozent erhöhen soll. Die neue Fassung sieht eine zusätzliche indikative Erhöhung um 2,5 Prozent vor, die einen Anteil von 45 Prozent ermöglichen würde. Wenn Sie gewählt werden, wird Ihre Partei die Möglichkeit haben, im Rahmen der nächsten Überarbeitung der RED in den kommenden fünf Jahren ein Ziel für 2040 festzulegen. Die Unterstützung eines höheren Erneuerbaren-Anteils ist daher ein Schlüssel für die Klimaneutralität und die Energieunabhängigkeit Europas.

Für welchen Anteil Erneuerbarer Energien am EU-Gesamtenergieverbrauch setzt sich Ihre Partei ein, um diesen im EU-Recht zu verankern?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- 100 Prozent bis 2040
- Wir unterstützen den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien, aber es wird zu schwierig sein, dies bis 2040 zu erreichen.
- Wir unterstützen das Ziel von 100 Prozent Erneuerbare Energien nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Wir bekennen uns zum Ziel, in Österreich bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen, in der EU bis 2050. Nachdem nicht davon auszugehen ist, dass alle Mitgliedstaaten ihre nationalen Klimaneutralitätsziele ebenso auf 2040 setzen, wird der Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien bis dahin nicht möglich sein. Der Ausbau der Erneuerbaren ist alleine auch nicht ausreichend, es braucht für die Erreichung der Ziele auch Infrastrukturausbau und Energiespeicher. Als NEOS haben wir uns stark für ein dezentrales, modernes, renewable-based Energiesystem auch bei der Überarbeitung der Europäischen Energie-Infrastruktur (TEN-E) eingesetzt sowie für die Rolle der Energiespeicher.

12. Gewährleistung eines naturverträglichen Ausbaus der Infrastruktur für Erneuerbare Energien

Ein rascher Ausbau der Wind- und Solarenergie ist von entscheidender Bedeutung, um unsere Energiesicherheit zu erhöhen und eine eskalierende Klimakrise einzudämmen. Allerdings muss dies unter Einbindung der Bevölkerung und auf umweltfreundliche Weise erfolgen. Neue Genehmigungsvorschriften in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED) sehen unter anderem einen Rahmen für Energieraumplanung vor und verpflichten die Mitgliedsländer zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für erneuerbare Energien (Renewable Acceleration Areas - RAA), was beides zu begrüßen ist. Die Vorschriften regeln jedoch auch, dass Projekte in diesen Gebieten von Umweltverträglichkeitsprüfungen ausgenommen sind und dass bei allen erneuerbaren Energien überall davon ausgegangen wird, dass sie im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen. Diese unnötigen Bestimmungen untergraben nicht nur das Vertrauen der Öffentlichkeit in Erneuerbare Energien, sondern gefährden auch die wichtigen Naturschutzmaßnahmen der Vogelschutz-, Habitat- und Wasserrahmenrichtlinie.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Aushebelung der Umweltschutzbestimmungen in der Richtlinie über Erneuerbare Energien rückgängig zu machen und sicherzustellen, dass wir die Klima- und Biodiversitätskrise parallel angehen?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Ja, wir sind der Meinung, dass der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien von einer soliden, ökosystembasierten Raumplanung abhängt. Deshalb würden wir die Anforderung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Projekte wieder einführen und die gesetzliche Verankerung des überwiegenden öffentlichen Interesses aufheben.

Nein, wir werden die neuen Genehmigungsvorschriften so belassen wie sie sind.

Nein, wir werden eine weitere Lockerung der Naturschutzbestimmungen anstreben, die unserer Meinung nach für einen raschen Ausbau der Wind- und Solarenergie zu streng und/oder zu verwaltungsaufwändig sind.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Um den Umstieg auf 100% erneuerbare Energien zu schaffen, müssen die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden: Neben der Eindämmung von Bürokratie, der Beseitigung des Fachkräftemangels, der Gewährleistung von Planungs- und Rechtssicherheit, der Senkung von Abgaben auf erneuerbare Energien umfasst das auch die Beschleunigung von Umweltverträglichkeitsverfahren.

13. Schutz der Flüsse und Seen

Süßwasser ist für Menschen, Tiere und Pflanzen überlebenswichtig. Zusätzlich spielt es eine Schlüsselrolle in der Landwirtschaft, bei industriellen Prozessen und bei der Klimaregulierung. Allerdings sind die Süßwasserressourcen in Europa zahlreichen Bedrohungen ausgesetzt, darunter Verschmutzung, Verbauung übermäßige Wasserkraft-Nutzung und die Klimakrise. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie setzt das Ziel, alle Flüsse, Seen und das Grundwasser bis 2027 wieder in einen guten Zustand zu bringen. Seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2000 wurden jedoch nur sehr geringe Fortschritte beim Schutz und der Wiederherstellung von Wassereinzugsgebieten erzielt. Darüber hinaus sind fast 60 Prozent der Flüsse und Seen in der EU noch immer nicht in einem guten Zustand und gibt es für viele Gewässer unterschiedliche Arten von Ausnahmen von den rechtlichen Verpflichtungen. Wenn Sie gewählt werden, wird Ihre Partei die Möglichkeit haben, sich in diesem Prozess zu engagieren und eine bessere Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu fördern.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Mitgliedstaaten die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Erreichen des in der Wasserrahmenrichtlinie festgelegten Ziels eines guten Zustands von Flüssen, Seen und Grundwasser im Jahr 2027 zu beschleunigen?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie und glauben, dass die Mitgliedstaaten die Umsetzung beschleunigen müssen.
- Ja, wir unterstützen die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie, sind aber der Meinung, dass die Mitgliedstaaten mehr Zeit und Flexibilität benötigen, um diese zu erreichen.
- Nein, wir sind der Meinung, dass die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nicht machbar ist und fordern, die Ziele der Richtlinie abzusenken.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

14. Just transition: Förderung eines gerechten und fairen Übergangs

Das aktuelle EU-Paket für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität konzentriert sich auf eine rasche Dekarbonisierung in spezifischen Regionen, sollte aber in Zukunft deutlich umfassender erfolgen. Denn wenn der notwendige grüne Übergang nicht von politischen Maßnahmen begleitet wird, die seine sozialen Folgen abfedern, führt dies zu steigender Ungleichheit, mehr Armut und einem geringeren sozialen Zusammenhalt. Wenn Ihre Partei gewählt wird, hat sie die Möglichkeit, diese Herausforderung anzugehen und sicherzustellen, dass der Übergang zur Nachhaltigkeit niemanden zurücklässt.

Setzt sich Ihre Partei für einen gerechten und fairen Übergang durch umfangreiche EU-Investitionen in ein Energiespar-, Sanierungs- und Umschulungs- bzw. Wiederbeschäftigungs-Programm ein?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, wir unterstützen die Einführung weiterer groß angelegter EU-Investitionsprogramme, um einen gerechten und fairen Übergang zu erleichtern.
- Nein, wir unterstützen die Einführung weiterer groß angelegter EU-Investitionsprogramme zur Erleichterung eines gerechten und fairen Übergangs nicht.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Die EU verfügt künftig über neue eigene Mittel (aus dem Emissionshandelssystem, dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und der internationalen Steuer auf multinationale Unternehmen). Diese sollen nicht einfach im Budget versickern, sondern zur Gänze in Zukunftsinvestitionen fließen. Insbesondere Investitionen in die gemeinsame Energieinfrastruktur stellen dabei europäische öffentliche Güter dar.

15. Reduktion des EU-Einflusses auf die Entwaldung

Die Europäische Union ist noch immer einer der weltweit größten Importeure von Produkten aus tropischer Abholzung, obwohl das laut einer Umfrage sieben von zehn Menschen ablehnen. Im Jahr 2023 hat die EU ein neues Gesetz beschlossen, das den Handel mit Produkten, die mit Abholzung in Verbindung stehen, in Europa unterbinden soll - die Verordnung über entwaldungsfreie Produkte. Wenn die EU die Bedenken der Menschen vollständig berücksichtigen will, darf sich das neue Entwaldungsgesetz nicht nur auf Wälder beziehen. Sollte Ihre Partei gewählt werden, wird sie die Möglichkeit haben, die Aufnahme von Produkten in das Gesetz zu unterstützen, die mit der Abholzung und Degradierung weiterer wertvoller Ökosysteme in Verbindung stehen, darunter Savannen, Grasländer und Feuchtgebiete.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die Auswirkungen der EU auf die Entwaldung zu verringern, indem sie die Ausweitung des Geltungsbereichs der EU-Verordnung über entwaldungsfreie Produkte (EUDR) auf andere bewaldete Flächen, darunter Savannen und Grasländer, unterstützt?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten aus:

Ja, wir unterstützen die Ausweitung des Geltungsbereichs der EUDR auf andere bewaldete Flächen in den nächsten fünf Jahren.

Nein, wir sind nicht dafür, den Geltungsbereich der EUDR in den nächsten fünf Jahren auf andere bewaldete Flächen auszuweiten.

Bei Bedarf können Sie Ihre Antwort hier noch näher erläutern (bitte auf maximal 200 Wörter beschränkt):

Wir haben die Ausweitung grundsätzlich unterstützt, nehmen aber die Bedenken wegen der Komplexität und der schwierigen Umsetzbarkeit ernst. Wenn die EU-Kommission in ihrem Bericht zu dem Schluss kommt, dass die Maßnahme sinnvoll und umsetzbar ist, können wir die Ausweitung unterstützen.